

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

in unserem Herbstnewsletter informieren wir Sie über die bildungspolitischen Fragestellungen der vergangenen drei Monate.

Am 28. Oktober wird sich entscheiden, wer Hessen in den kommenden fünf Jahren regieren wird. Wir wollen den Regierungswechsel und die Chance erhalten, unsere bildungspolitischen Ziele umzusetzen. Denn beim Thema Bildung, das zeigte sich auch im neuesten Hessentrend von Infratest dimap, sehen die Hessinnen und Hessen den mit Abstand größten Handlungsbedarf. Das sehen wir genauso. Die aktuelle Regierung leidet unter einem nie dagewesenen Realitätsverlust: Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall sind weiterhin enorm, Lehrkräfte am Limit und bei der Schulmodernisierung stiehlt sich das Land aus der Verantwortung. Auch der Bildungsmonitor 2018 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln stellte Hessen jüngst eine schlechte Bilanz aus: Schlusslicht im Bundesvergleich bei der Unterrichtsversorgung, geringe Priorisierung der Bildung im Investitionsverhalten und ein unterdurchschnittliches Ganztagsangebot.

Umfragen und Fakten hindern die Landesregierung nicht daran, die Realität mit Rekordzahlen schönzureden. Wir meinen: Das ständige Wegducken muss endlich ein Ende haben! In der letzten Plenarwoche vor der Landtagswahl haben wir den Ganztagschulausbau noch einmal auf die Tagesordnung gebracht. Darüber hinaus informierten wir im Rahmen von Veranstaltungen über unsere Vorschläge für die Zeit nach der Wahl und diskutierten diese mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

In Hinblick auf den 28. Oktober freue ich mich, Ihnen in dieser Ausgabe Tom Schwarze, unseren Kandidaten für das Amt des Kultusministers, vorstellen zu dürfen. In einem Interview spreche ich mit ihm über seine Ideen und Vorhaben, die nötigen Bedingungen für gute und gerechte Bildung zu schaffen.

Ich möchte mich an dieser Stelle für Ihr Interesse an unserer Arbeit bedanken und wünsche Ihnen eine angenehme und informative Lektüre. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen, MdL
Vorsitzender des
Arbeitskreises Kultus

DIESER NEWSLETTER KANN NUR EINEN KLEINEN EINBLICK IN UNSERE ARBEIT GEBEN. KLICKEN SIE AUF DIE PORTRAITS DER MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES, UM EINE LISTE DER JEWEILIGEN PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN ZU ERHALTEN.



Kerstin Geis, MdL



Karin Hartmann, MdL



Brigitte Hofmeyer, MdL



Uwe Frankenberger, MdL



Lothar Quanz, MdL



Turgut Yüksel, MdL

Unsere Schwerpunktthemen

LEHRERMANGEL BEENDEN

Eine Anfang August vorgestellte Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (Fibs) Berlin (im Auftrag der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag) prognostiziert Schülerzahl und Lehrkräftebedarf an allgemeinbildenden Schulen in Hessen bis 2030. Das Fibs rechnet mit einem Plus von etwa **90.000 Schülerinnen und Schülern** und einem daraus entstehenden Bedarf von etwa **26.000 neu einzustellenden Lehrkräften**. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion bewertete das Ergebnis als „einen weiteren Beleg für 19 Jahre verfehlte Bildungspolitik der CDU und hausgemachten Lehrermangel“. Die Landesregierung müsse mehr in Fort-, Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften investieren, um den steigenden Schülerzahlen mit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern gerecht zu werden.

Zu unserer [Pressemitteilung](#) „Neue Studie bestätigt politische Verantwortung der CDU für aktuellen Lehrermangel“

In seinem Elternbrief zum Schuljahr 2018/19 erklärte der Kultusminister wissend, dass er für den in der Stundentafel vorgesehenen Unterricht angeblich nur auf qualifizierte Lehrkräfte setze.

In der Antwort auf unsere Große Anfrage gab das Kultusministerium noch an, dass zum 1. Oktober 2017 bei 596 Lehrkräften die Qualifikationen nicht erfasst seien. Weitere 5.000 Personen waren zum Stichtag zwar mit Unterrichtserlaubnis, jedoch ohne Lehramt oder Lehrbefähigung eingesetzt. In einer Kleinen Anfrage haben wir die Landesregierung daher nochmals nach ihren Kennt-

nissen über die Qualifikationen der Lehrkräfte an Grund- und Förderschulen gefragt. Wir lehnen eine derartige „Entprofessionalisierung des Lehrberufs“ durch unqualifizierte Kräfte und Laien ab und fordern mehr Maßnahmen zum qualifizierten Quereinstieg.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Kenntnisse des Kultusministeriums über die Qualifikation von Grund- und Förderschullehrkräften

Zu unserer [Pressemitteilung](#) „Massiver Einsatz von Laien an Grund- und Förderschulen“

Besonderen Handlungsbedarf sehen wir neben Deutsch im Fach Mathematik an Grundschulen, das - trotz der hohen Wichtigkeit der dort vermittelten Kompetenzen - oftmals fachfremd unterrichtet wird. Eine Aufschlüsselung der Lehrkräfte mit und ohne Fachstudium Mathematik ergebe ein „unvollständiges Bild“, lautet es auf die Frage nach konkreten Zahlen. Man baue darauf, dass durch die Neuregelung im Schulgesetz, nach welcher Deutsch und Mathe obligatorische Bestandteile des Studiums sind, zukünftig „automatisch“ mehr qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Wir meinen, dass das alleine nicht reichen wird und fordern mehr Investition in Aus-, Fort und Weiterbildung.

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Einsatz von fachfremden Lehrkräften im Mathematikunterricht an Grundschulen

ÜBERLASTUNGSANZEIGEN ENDLICH ERNST NEHMEN

Immer häufiger reichen ganze Kollegien Überlastungsanzeigen beim Hessischen Kultusministerium ein. Die Erfahrung zeigt, dass in den meisten Fällen trotz der versprochenen Bemühungen auf einen solchen Hilferuf keine Unterstützung der Landesregierung folgt. Auf unsere Kleine Anfrage vom 19.06. gab die Landesregierung an, 95 Überlastungsanzeigen erhalten zu haben. Auf die Frage, wie viele Überlastungen nach einer Anzeige abgebaut wurden, gab sie keine klare Antwort. Wir kritisieren den nachlässigen Umgang und fordern, die Überlastungsanzeigen endlich ernst zu nehmen.

Als einen Weg der Entlastung ziehen wir die Reduzierung

von für den Unterrichtsinhalt relevanten Vergleichsarbeiten in Erwägung, die für viele Lehrkräfte zusätzliche Belastungen bedeuten. Im Juli befragten wir die Landesregierung nach Durchführung, Mehraufwand und Sinnhaftigkeit dieser Vergleichsklausuren.

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Überlastungsanzeigen

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Gestaltung und Durchführung von zentralen schulischen Abschlussprüfungen und Vergleichsarbeiten

GANZTAGSSCHULAUSSBAU VORANTREIBEN UND RECHTSANSPRUCH UMSETZEN

In der letzten Plenarwoche vor der Landtagswahl wurde auf Initiative der SPD ein Antrag zum Ganztagschulbau in Hessen debattiert. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, betonte in der Debatte, die SPD wolle den Ganztagschulbau vorantreiben und ab 2019 50 echte Ganztagschulen pro Jahr schaffen. Behalte die schwarz-grüne Regierung ihr Ausbautempo bei, so würde es 500 Jahre dauern, um nur die Hälfte aller hessischen Grundschulen zu echten Ganztagschulen weiterzuentwickeln. Über diese Tatsache kann auch eine Pressemitteilung nicht hinwegtäuschen, in der sich der Kultusminister eines „Rekordhochs“ beim Ganztagsausbau im aktuellen Schuljahr rühmt.

Aus Gesprächen wisse man, so Degen, dass der Bedarf von Elternseite immens sei. Der Bildungsexperte bedauert, dass am Ganztagsangebot interessierte Schulen aufgrund mangelnder Unterstützung von außen und schlechter Rahmenbedingungen häufig auf eine Antragstellung verzichten. Doch gerade vor dem Hintergrund des durch den Bund geplanten Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschul-

alter ab 2025 bestehe dringender Handlungsbedarf. Ein flächendeckendes, echtes Ganztagsangebot sollte für mehr Chancengleichheit und ermögliche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der von der Landesregierung initiierte „Pakt für den Nachmittag“ erfülle diese Kriterien schon alleine aufgrund des damit entstehenden Schulgeldes nicht, so Degen.

Unser [Antrag](#) betreffend **Ganztagsausbau vorantreiben und Rechtsanspruch umsetzen**

Zum [Video Teil 1/Teil 2](#) der zugehörigen Plenardebatte

Zur unserer [Pressemitteilung](#) „Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – Hessen ist noch weit davon entfernt“

FACHGESPRÄCH SCHULKINDBETREUUNG

Für viele Eltern, die auf eine Nachmittagsbetreuung für ihre schulpflichtigen Kinder angewiesen sind, gestaltet sich die Suche nach einem verfügbaren Platz als äußerst schwierig. Bei gerade einmal 107 Ganztagschulen in Hessen und einem generellen Mangel an Betreuungsplätzen ist das nicht verwunderlich.

Das Fachgespräch „Schulkindebetreuung“ mit den Landtagsabgeordneten Christoph Degen und Gerhard Merz am 3.09.2018 bot Schulleiterbeiräten, Lehrkräften, Schulleitungsmitgliedern und Betreuern die Möglichkeit, die Situation aus ihrer Sichtweise darzustellen und sich auszutauschen. Etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzen die Möglichkeit, um von ihren Problemen zu berichten, aber auch konstruktive Vorschläge zur Verbesserung zu äußern. Diskutiert wurde unter anderem über den Unterschied von einfachem Betreuungsangebot und einem konzeptionell gestaltetem Ganztagsprogramm. Manche Eltern betonten in diesem Zusammenhang, ihre Kinder seien mehr „verwahrt“ als pädagogisch betreut.

Des Weiteren wurde erneut deutlich, dass aus der Not heraus Fördervereine das Betreuungsangebot an Schulen aufrecht erhalten und koordinieren. Ohne diese Form des ehrenamtlichen Engagements seitens der Eltern und pensionierter Lehrkräfte sei vielerorts kein

Nachmittagsangebot möglich. Die unzureichende Versorgung durch qualifizierte Betreuungskräfte erschwere die Situation zusätzlich, so die Erfahrung. Die Abgeordneten Degen und Merz erklärten, die SPD wolle diese Probleme bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung und an vielen Schulen durch Förderung von echten Ganztagschulen angehen.



Die Abg. Christoph Degen und Gerhard Merz

ÄNDERUNG DER FÖRDERSTRUKTUR FÜR DIE HAUSAUFGABENHILFE

Das Kultusministerium hat überraschend die Förderstruktur für Träger der „Hausaufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“ verändert. Danach sollen die Zuschüsse auf eine jährliche Pauschale von 150 Euro pro Kind gekürzt werden. Pro erteilter Lernstunde werden weitere 0,55 Euro gezahlt. Damit entzieht die Landesregierung den Trägern ihre finanzielle Grundlage. Selbst mit studentischen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern organisierte Betreuung ist finanziell nicht zu bewerkstelligen. Im Hinblick auf die wichtige Ar-

beit, die solche Hausaufgabenbetreuungen bei der Integration und Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler leisten, halten wir derart signifikante Einschnitte in der Finanzierung für nicht hinnehmbar.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Änderung der Förderstruktur für die Hausaufgabenhilfe

(Bitte beachten Sie: Die Antwort finden Sie voraussichtlich erst ab November unter dem gleichen Link)

FACHGESPRÄCH ZUM INTEA-PROGRAMM

Am 19. September luden die Fraktionen von SPD und FDP zum gemeinsamen Fachgespräch zum „Integration und Anschluss“-Programm ein. Das schon zur Zeit seiner Einführung vor zwei Jahren gut gemeinte, aber heftig kritisierte Programm zur Beschulung und Bildungsintegration von Flüchtlingen ist weiter sehr umstritten. Am Programm teilnehmende Schülerinnen und Schüler haben zum Teil schlechte Anschlussmöglichkeiten und blicken zu oft planlos und ohne verwertbaren Abschluss in ihre Zukunft. Da die schwarz-grüne Mehrheit eine von FDP und SPD vorgeschlagene Anhörung aller Beteiligten abgelehnt hatte, haben wir Betroffenen im Rahmen des Fachgesprächs

ermöglicht, von ihren Erfahrungen mit dem Programm zu berichten. Die angesprochenen Probleme und Anregungen werden wir mit in die nächste Legislaturperiode nehmen, um ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln, welches jungen Menschen eine wirkliche Perspektive gibt. Die Ausweitung des Schulbesuchsrechts auf 27 Jahre stellt dabei aus unserer Sicht einen wichtigen Schritt dar.



WEITERE KLEINE ANFRAGEN

ECHTE SCHULSOZIALARBEIT AUSBAUEN

Die von der Landesregierung für unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS) zur Verfügung gestellten Stellen werden den Herausforderungen einer zukunftsfähigen, flächendeckenden Schulsozialarbeit nicht gerecht. Dabei sollte qualitativ hochwertige Schulsozialarbeit fest integrierter Bestandteil jeder Schule sein. Das bedarf entsprechend zugewiesener Stellen und Kräfte. In unserem Antrag betreffend „Echte Schulsozialarbeit ausbauen“ haben wir

die Landesregierung aufgefordert, eine zukunftsfähige Gesamtkonzeption zur Schulsozialarbeit inklusive eines Finanzierungsvorschlags vorzulegen.

Unser [Antrag](#) betreffend Echte Schulsozialarbeit ausbauen

Mehr zum Thema Schulsozialarbeit siehe mündl. Frage der Abg. Hartmann auf [S. 7](#)

SCHULSCHWÄNZEN VOR UND NACH DEN FERIEEN

Medienberichten zufolge stellten Schulen in verschiedenen Bundesländern ein vermehrtes Fehlen direkt vor wie auch nach den Ferien fest. Auch bei der Ein- und Ausreise an Flughäfen wurde die Bundespolizei in diesen Zeiträumen auf Eltern mit schulpflichtigen Kindern aufmerksam. Mit einer Kleinen Anfrage forderten wir die Landesregierung auf, zu prüfen, inwiefern dieses Phänomen auf hessische Schulen zutrifft. Das Kultusministerium gab an, dass 2017 und 2018 mehr als 5800 Fälle von Schulschwänzen gemeldet wurden, bei denen ein Ordnungswidrigkeitsver-

fahren eingeleitet wurde. Bei sieben Prozent sei der Zeitraum vor oder nach den Ferien betroffen. Daten zu den Fällen, die nicht als Ordnungswidrigkeit verfolgt wurden, konnte das Ministerium nicht erheben. Es ist aber anzunehmen, dass viele Fälle in den genannten Zahlen keine Berücksichtigung finden. Wir möchten Schulen dabei unterstützen, diesem Trend entgegenzutreten.

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Schulschwänzen vor und nach den Ferien

ABSCHAFFUNG DES ZENTRALABITURS AN SCHULEN FÜR ERWACHSENE

Seit 2006 kann an Schulen für Erwachsene (SfE) das Zentralabitur im Rahmen eines 5 x 4 Modells (fünf Prüfungsfächer vierstündig statt 3/5) absolviert werden. Dieses System ist aus Sicht betroffener Schulen ideal, da oftmals keine Kapazitäten für die Durchführung des herkömmlichen Systems bestehen. Die vierstündigen Kurse stärken zudem die Grundbildung, was für den zweiten Bildungsweg enorm wichtig ist, da nicht direkt an die Sekundarstufe I angeknüpft werden kann.

Die Landesregierung beabsichtigt nun, das spezifische, an den Lernbedingungen der SfE sowie an den Lebensbedingungen der Studierenden der SfE ausgerichtete Zentralabitur abzuschaffen. Stattdessen sollen die Standards und

Kerncurricula an die des ersten Bildungsweges – also auf Jugendliche zugeschnittene Konzepte mit der Pflichtstundenzahl der gymnasialen Oberstufe - angepasst werden.

Die Landesregierung erklärte auf unsere Anfrage, durch einen gesonderten Abiturerlass und die „spezifische inhaltliche Schwerpunktsetzung“ blieben den SfE ausreichend Spielräume. Die SPD-Landtagsfraktion sieht an dieser Stelle jedoch keinen Anlass, ein sinnvoll zugeschnittenes System aufzugeben und die Rahmenbedingungen für Schülerinnen und Schüler der SfE zu erschweren.

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Abschaffung des Zentralabiturs an Schulen für Erwachsene

IM AUSSCHUSS - UNSERE ANTRÄGE

UNGERECHTIGKEIT DURCH KOSTENÜBERNAHME BEIM SCHÜLERTICKET ABBAUEN

Die Einführung des Schülertickets für 365 Euro im Jahr ermöglicht Schülerinnen und Schülern die vergleichsweise günstige Nutzung des ÖPNV. In einem Teil der Fälle besteht gar das Recht auf Kostenübernahme durch den Schulträger, womit die Familien vollständig entlastet werden. Das führt zu Ungleichbehandlung bei Schulveranstaltungen wie Exkursionen oder Klassenfahrten, bei denen ein Teil der Eltern für die vollen Fahrtkosten oder ein Schülerticket aufkommen muss, während für andere Familien mit Recht auf Rückerstattung des Schülertickets keine Kosten entstehen. In einem Ende August

eingebrachten Antrag fordern wir ein durch die Landesregierung vorgelegtes Konzept zum Abbau dieser Ungerechtigkeit. Der Antrag wurde im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA), von der CDU und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Zu unserem [Antrag](#) betreffend Ungerechtigkeit durch Kostenübernahme beim Schülerticket abbauen

ZUSAMMENLEGUNG VON BERUFSSCHULFACHKLASSEN

Im Odenwaldkreis lösen die Änderungen der Verordnung über die Bildung von schulträgerübergreifenden Schulbezirken für Fachklassen sowie die Gesprächsinhalte im sog. „Fachklassendialog“ heftige Diskussionen aus. Grund dafür sind u.a. die zeitlichen Befristung und die damit geplanten Einstellung der Beschulung von einigen Ausbildungsberufen am Beruflichen Schulzentrum Odenwaldkreis (BSO). Es wird befürchtet, dass es eine Verlagerung der Beschulung von Ausbildungsberufen weg von regionalen Strukturen gibt und es damit zu einer signifikanten Reduktion des Ausbildungsangebotes vor Ort kommt. Der Umgang mit den Fachklassen am BSO in Michelstadt wirft generell die Frage auf, wie es in Hessen um die Zukunft der Beruflichen Schulen und die Festlegung von Fachklassenstandorten in der Fläche

steht. Der Bericht bestätigt die Befürchtungen. Der Bildungsexperte der SPD-Fraktion, Christoph Degen, kritisiert: „Die Umstände sind schwierig. Das ist aber kein Grund, sich als Landesregierung aus der Verantwortung zu stellen. Statt Gremien einzusetzen und die Probleme den Schulen zu überlassen, muss die Landesregierung über zukunftsfähige und regional angepasste Lösungen nachdenken. Nur durch langfristig durchdachte Konzepte können wir jungen Menschen eine nah am Wohn- bzw. Ausbildungsort gelegene Berufsschulbildung ermöglichen.“

Unser [Dringlicher Berichts Antrag](#) betreffend Zusammenlegung von Berufsschulfachklassen

(Bitte beachten Sie: Da der Bericht nichtöffentlich erfolgt ist, können wir Ihnen die Antworten leider nicht bereitstellen.)

IM PLENUM - PLENARDEBATTEN

REALITÄTSVERLUST UND ÜBERFORDERUNG IM KULTUSMINISTERIUM

Auf Antrag der FDP hat der Hessische Landtag im September über die aktuelle Schulpolitik in Hessen debattiert. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, hat der CDU eine desaströse Schulpolitik vorgeworfen. „Die hessische Schulpolitik geht den Bach herunter: Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Lehrkräfteverschleiß, Inklusionschaos und ein massiver Sanierungstau an den Schulen. Das ist die Bilanz von 19 Jahren CDU-Regierungen in Hessen. Dass es um unser Bildungssystem nicht zum Besten steht, pfeifen zwar die Spatzen von den Dächern, aber Schwarz-Grün schaltet auf Durchzug.“ Statt konstruktive Vorschläge einzubringen und Zukunftsvisionen für die bildungspolitischen Herausforderungen zu entwickeln, bleibe es beim schwarz-grünen Regierungsmotto: Nichts sehen, nichts hören und nichts sagen.

Bereits im Augustplenium hatte Degen der schwarz-grünen Landesregierung in Hinblick auf die Probleme an hessischen Schulen totalen Realitätsverlust vorgeworfen.

Besonders ärgerlich sei, dass Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerschaft und Elternvertreter das Desinteresse und die Ahnungslosigkeit ertragen müssen. Die SPD werde den Blick in die Zukunft richten, aufmerksam zuhören und die rückwärtsgewandte Politik der „Sonnenscheinfraktionen“ beenden, so Degen.

Unsere [Pressemitteilung](#) „Realitätsverweigerung beenden, Kritik ernst nehmen und Schulen modernisieren“

Zum Video [Teil 1](#) / [Teil 2](#) der Plenardebatte zum Antrag der FDP vom 13.09.

Unsere [Pressemitteilung](#) „Landesregierung ist mit Bildungspolitik überfordert“

Zum Video [Teil 1](#) / [Teil 2](#) der Plenardebatte vom 22. August

NACHGEFRAGT - MÜNDLICHE FRAGEN

IN DER REGELMÄßIG STATTFINDENDEN FRAGESTUNDE IM PLENUM KÖNNEN ABGEORDNETE KURZE MÜNDLICHE FRAGEN AN DIE LANDESREGIERUNG STELLEN. DIESE WERDEN SOFORT BEANTWORTET.

Frage der Abg. Geis:

„In welchem Umfang machen Schulleitungen von der Möglichkeit Gebrauch, den Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung mit Lehrkräften von 4 bzw. 5 % für die Umwandlung in ein Leiter- und Leitungsdeputat zu nutzen?“

Antwort der Landesregierung:

„Frau Abg. Geis, [...] In SAP werden diese Stunden dann als Anrechnungsstunden bei denjenigen Lehrkräften verbucht, die die zusätzlichen Tätigkeiten ausführen. Im Schuljahr 2017/2018 waren dies 2.484,28 Stunden – dies entspricht rund 96 Stellen – als zusätzliches Leitungsdeputat aus dem Zuschlag zu der Grundunterrichtsversorgung 570,98 Stunden – das entspricht rund 22 Stellen – als zusätzliches Leiterdeputat, ebenfalls aus dem Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung.“

Frage der Abg. Hofmeyer:

„Wie viele hessische Lehrkräfte sind derzeit befristet angestellt?“

Antwort der Landesregierung:

„Frau Abg. Hofmeyer, die Zahl der befristet beschäftigten Lehr-

kräfte ist ständigen Schwankungen unterworfen, weil sich der Bedarf nach ihrer Einstellung laufend ändert. Wann beispielsweise eine Lehrkraft langfristig erkrankt und durch eine befristet beschäftigte TV-H-Kraft vertreten werden muss – das ist ja der typische Fall –, richtet sich leider nicht nach den organisatorischen Abläufen des Schuljahres. [...] Deswegen ist das die valideste Zahl, die ich Ihnen geben kann [...] : die Zahl zum Statistikstichtag 1. Oktober 2017. Damals waren **5.301 Lehrkräfte** mit befristeten Arbeitsverträgen an hessischen Schulen beschäftigt, wobei die Lehrkräfte mit befristeten Gestellungsverträgen, die Erzieher sowie die nicht unterrichtenden Sozialpädagogen in dieser Zahl nicht enthalten sind.“

Frage der Abg. Hofmeyer:

„Herr Minister, können Sie noch sagen, wie viele Lehrkräfte die mobile Vertretungsreserve umfasst? Mein letzter Wissensstand ist, dass es sich um 300 oder 500 Lehrkräfte handelt. Ist es bei dieser Zahl geblieben, oder hat sich die Zahl erhöht?“

Antwort der Landesregierung:

„Wir haben 300 Stellen in der mobilen Vertretungsreserve.“

NACHGEFRAGT - MÜNDLICHE FRAGEN

Zusatzfrage des Abg. Degen:

„Herr Kultusminister, können Sie uns, möglicherweise über den Daumen gepeilt, sagen, wie viele der rund 5.300 befristet beschäftigten Lehrkräfte eine abgeschlossene pädagogische Ausbildung haben?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, das ist eine ganz andere Frage. [...] Diese Zahl muss man gesondert erheben. Das kann ich Ihnen nicht aus dem Kopf beantworten.“

Frage des Abg. Degen:

„Wie viele Lehrerstellen sind derzeit nicht besetzt?“

Antwort der Landesregierung

„Herr Abg. Degen, [...] Wenn Sie sich einmal anschauen, was sich im Moment in anderen Bundesländern abspielt, deren Schuljahre jetzt beginnen – wir waren in diesem Jahr die Ersten –, und wie Hessen im Vergleich dazu aufgestellt ist, kann man das schon so statuieren. [...] **Die Unterrichtsversorgung ist in Hessen vollständig gewährleistet.** Daran haben die Staatlichen Schulämter, die Schulen und auch das Kultusministerium in den letzten Wochen hart gearbeitet. Wir lassen uns darüber auch sehr genau berichten und können das daher mit großem Selbstbewusstsein sagen.

Sie wissen aber auch – alle, die sich mit Schulen und Schulverwaltung auskennen –, dass der Stichtag, zu dem die Schulämter die Daten zu neu eingestellten Lehrkräften eingepflegt haben müssen, der 1. Oktober ist. [...] Es macht zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen Sinn, den Schulen irgendwelche exakten Statistiken abzuverlangen.“ (Mündliche Frage vom 21. August 2018)

Frage der Abg. Hartmann:

„Wie viele der geplanten UBUS-Stellen waren zu Schuljahresbeginn besetzt?“

Antwort der Landesregierung

„[...] Die Frage nach der Besetzung der Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte ist für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen separat zu betrachten. Ich beziehe mich jeweils auf den Stichtag 20.08.2018. Im Grundschulbereich waren 267 der 400 UBUS-Stellen – und damit der größte Anteil – besetzt. Davon profitieren rund 540 Schulen. 280 Stellenausschreibungen befanden sich zudem im Verfahren, bei denen größtenteils in den kommenden Wochen die Besetzung der UBUS-Stelle erfolgen kann. Durchschnittlich kann pro Stellenausschreibung von einem Stellenumfang in Höhe von 0,5 Stellen ausgegangen werden. Da es bei den Bewerberinnen und Bewerbern – teilweise sogar nach Auswahl – Absagen in beträchtlichem Umfang gegeben hat, werden in Kürze 65 Neuausschreibungen erfolgen. Bei einigen weiterführenden Schulen mit Primarstu-

fe wurde die UBUS-Stelle für den Primarbereich bewusst nicht direkt ausgeschrieben, um sie mit der UBUS-Zuweisung für den Sekundarbereich zu einem höheren Stellenumfang zu kombinieren. Im Sekundarbereich waren zu Schuljahresbeginn gut elf Stellen besetzt, 285 Verfahren befanden sich in Ausschreibung. 235 Ausschreibungen sollen in Kürze veröffentlicht werden. Für den Sekundarbereich ist anzumerken, dass noch nicht alle Schulleitungen aufgrund der Vorbereitungen für den Schuljahresbeginn in den und unmittelbar nach den Sommerferien die Stellenausschreibungen vorlegen konnten. Die Schulleitungen und die Staatlichen Schulämter arbeiten weiter mit Hochdruck an einer zeitnahen Besetzung der UBUS-Stellen.“ (Anmerkung: Seit Februar ist klar, dass die Stellen zum ersten und zweiten Halbjahr zu besetzen sind und gebraucht werden,)

Frage des Abg. Degen:

Wie erklärt sie, dass in den vergangenen Jahren für das Lehramt an Gymnasien erheblich über Bedarf ausgebildet wurde, während für die übrigen Lehrämter unter Bedarf ausgebildet wurde?

Antwort der Landesregierung:

„Die in der Frage enthaltenen Unterstellungen sind falsch. Zunächst: Das Land kann nicht vorgeben, wie viele Studierende sich für welches Lehramtsstudium entscheiden. [...] Ein Zulassungsverfahren zu einem Lehramtsstudium an prognostizierte künftige Einstellungsbedarfe zu knüpfen, ist daher nicht der Ansatz der Landesregierung. [...] Auch was die zweite Phase der Lehrerausbildung anlangt, ist die in der Fragestellung enthaltene Aussage nicht zutreffend. Die Landesregierung hält grundsätzlich mehr Ausbildungskapazitäten in der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung vor, als auf Basis der Prognose des späteren Lehrkräftebedarfs an Einstellungsbedarf jeweils vorauszu- sehen war. [...] Richtig ist aber, dass Stellenerhöhungen, die der Haushaltsgesetzgeber in den vergangenen Jahren zum Wohl der hessischen Schülerinnen und Schüler in großem Umfang beschlossen hat, in früheren Bedarfsprognosen nicht vollständig berücksichtigt sein konnten. Entscheidend hinzu kommt ferner der Zugang von EU-Ausländern und verstärkt seit 2015 von Asylsuchenden, der in seinem Umfang so von niemandem zu prognostizieren war. Das hat dazu geführt, dass das Land seit langem im Bereich des Förderschullehramts sowie inzwischen auch im Bereich des Grundschullehramts Bewerberinnen und Bewerber vollständig einstellen kann. [...] Auch im Grundschulbereich hat die Landesregierung frühzeitig gehandelt, um auf künftige Bedarfe reagieren zu können. So wurden beispielsweise Stellen für fest eingestellte Vertretungskräfte geschaffen, die nun, da der Bedarf deutlich stärker angewachsen ist, glücklicherweise fest übernommen werden konnten. Zusätzlich konnte seit 2013 allen Bewerberinnen und Bewerbern für den Vorbereitungsdienst im Grundschullehramt ein Ausbildungsplatz angeboten werden.“

INTERVIEW MIT THOMAS SCHWARZE

Der Hestrentrend von Ende September zeigt, dass bei keinem anderen Thema ein so großer Handlungsbedarf gesehen wird, wie beim Thema Bildung. Nicht nur die befragten Hessinnen und Hessen sind dieser Meinung: Bildung zählt neben Wohnen und Mobilität zu unseren drei forcierten Themen (BMW). In Regierungsverantwortung möchten wir uns endlich dieser Probleme annehmen. Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat Thomas Schwarze interviewt, der als Zuständiger für Bildung in Thorsten Schäfer-Gümbels Regierungsteam berufen wurde:

Was ist das aus Deiner Sicht wichtigste Problem der Schulen in Hessen?

Es fehlen ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die garantieren könnten, dass kein Unterricht ausfällt.

Unser „Sofortprogramm gegen Lehrermangel“ sieht bereits erste Schritte vor, um den akuten Lehrermangel an hessischen Schulen anzugehen. Was können wir weitergehend auf kurze und lange Sicht gegen den Lehrermangel tun?

Wir müssen die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten erhöhen, mehr Plätze für Referendare schaffen und alles dafür tun, dass dieser tolle Beruf wieder attraktiver wird. Hessen hat in den letzten Jahren keine speziellen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zur Werbung für das Lehramtsstudium betrieben – ein kapitales Versäumnis, wie sich jetzt zeigt. Befristete TVH-Verträge müssen schnellstens entfristet werden.

Wieschaffen wir es, Schulen und Lehrkräfte sinnvoll zu entlasten?

Die Antwort kann nur lauten: Mehr Zeit für Unterricht. Alle Dokumentationspflichten werden auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Lehrerbildung: Wie bereiten wir Lehrerinnen und Lehrer auf die veränderten Praxisanforderungen im Schulalltag vor?

Hessen wartet seit Jahren auf ein neues Lehrerbildungsgesetz, das auf die veränderten Anforderungen des Alltags aufbaut. Inklusion, Integration, Deutschförderung, Digitalisierung müssen Bestandteil der Ausbildung werden. KollegInnen, die bereits an den Schulen sind, müssen adäquat fortgebildet werden und die dafür notwendige Entlastung erhalten.

In Hessen gibt es bisher nur 107 echte Ganztagschulen.

Was können wir tun, um das Ganztagsangebot in Hessen auszuweiten und somit flächendeckende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten?

Nur wenige Anträge auf Umwandlung in eine Ganztagschule werden dem Kultusministerium überhaupt vorgelegt. Viele werden vom Schulträger nicht weitergeleitet, da die damit verbundenen Kosten nicht gestemmt werden können. Ich spreche mich für ein Landesinvestitionsprogramm für ganztägige Bildung aus, um die Schulträger beim Ausbau und der qualitativen Weiterentwicklung von ganztägig arbeitenden Schulen zu unterstützen. Der Bedarf an Ganztagschulen und der Wunsch nach Umwandlung ist an vielen Schulen vorhanden.

Wie stellst Du Dir den weiteren Weg zu einem inklusiven Schulsystem vor?

Ziel ist es, dass Kinder und Jugendliche nicht aufgrund einer Behinderung vom Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender, allgemeiner Schulen ausgeschlossen sind. Vielmehr soll ihnen der Zugang zur inklusiven wohnortnahen Beschulung an Grundschulen und weiterführenden Schulen ermöglicht werden, wenn Eltern dies wünschen. Dies setzt voraus, dass innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um auch beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern Unterricht unter dem Dach der allgemeinen Schule zu ermöglichen. Zurzeit ist die Ressourcenfrage die entscheidende Frage. Es müssen mehr Förderlehrer ausgebildet werden.

Wie schaffen wir ein durchweg offenes und tolerantes Miteinander an Schulen? Wie stärken wir die politische Bildung?

Gerade in der heutigen Zeit muss demokratische Bildung einen hohen Stellenwert haben. In den geltenden Stundentafeln ist politische Bildung in allen Jahrgangsstufen und Bildungsgängen nicht durchgehend vertreten. Ein Anzeichen für die schwache Verankerung des Bereiches Politik in den gymnasialen Lehrplänen ist der Sachverhalt, dass das Unterrichtsfach in Hessen eine Degradierung zum Kombinationsfach „Politik und Wirtschaft“ erdulden musste. Die Lage des Fachunterrichts in politischer Bil-

Thomas Schwarze:

59 Jahre alt, verheiratet,
zwei bereits berufstätige Töchter

Werdegang:

1977-86: Studium an Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt; danach Referendariat an der Peter-Petersen-Schule (FFM)

1988-89: Leiter des Schulungsteams der Hard- und Software (HASO) GmbH in Frankfurt

1990-‘05: Lehrtätigkeit an der Carlo-Mierendorff-Schule in Frankfurt (Gesamtschule)

2000-‘02: Ernennung zum Rektor, Stufenleiter

ab 2002: stellv. Schulleiter

ab 2005: Schulleiter der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule in Wiesbaden-Biebrich

seit 2010: Vorsitzender des Arbeitskreises der Direktorinnen und Direktoren Hessischer Gesamtschulen



Schon immer wollte Tom Schwarze Lehrer werden. Mit mehr als 25 Jahren Berufserfahrung - davon 13 Jahre als Schulleiter - kennt er die Lebenswirklichkeit und tatsächlichen Bedürfnisse hessischer Schulen aus erster Hand. Seit 2009 ist er Mitglied der SPD. Seine Freizeit widmet Schwarze zu großen Teilen dem Sport und ist fünffacher Finisher des Frankfurter Ironmans.

Klicken Sie [hier](#) für mehr Information.

dung ist nicht befriedigend. Aber, politische Bildung findet nicht nur im Fachunterricht statt. Es gibt in den Schulen Chancen, politisch zu handeln, auch wenn man zugeben muss, dass diese begrenzt sind. Die Schülerinnen und Schülern haben verschiedene Möglichkeiten z.B. durch die Schülervertretung, am Schulleben mitzuwirken. Die Klassenratsstunde ist bis jetzt noch nicht in allen Jahrgängen in der Studentafel verankert. Auch bei der Besetzung der Schulkonferenz muss man sich Gedanken machen.

Wo siehst du den dringenden Investitionsbedarf an Schulen?

Leider ist es so, dass in vielen Schulen nicht einmal Mindeststandards herrschen. Der Sanierungstau an hessischen Schulen ist immens und geht in die Milliarden. Hier muss das Land unbedingt helfen und Investitionsprogramme schaffen, um die Kommunen zu unterstützen.

Stichwort Digitalisierung: Wie müssen zeitgemäße Schulen ausgestattet sein?

Bevor wir uns mit der Ausstattung der Schulen beschäftigen, muss erst einmal sichergestellt sein, dass diese hessenweit an schnelles Internet angeschlossen werden. Es kann nicht sein, dass Berufsschulen immer noch mit einem Standard arbeiten, der nah an „BTX“ ist. Ich bin dagegen, alle Schulen mit Smartboards, Notebooks oder Tablets auszustatten, ohne die dafür notwendigen Konzepte sowie die technische Unterstützung bereit zu stellen.

Wie können wir Lehrerinnen und Lehrer bei dieser Aufgabe unterstützen und Schülerinnen und Schüler auf die digitale Welt besser vorbereiten?

Unsere Lehrerinnen und Lehrern müssen auf diese neue Auf-

gabe vorbereitet werden. Dies setzt zum einen voraus, dass bereits in der ersten Phase der Lehrerausbildung „Digitalisierung“ Thema des Studiums wird. Fortbildung in diesem Bereich muss Einzug in alle Kollegien finden. Dafür ist die zurzeit geltende Fortbildungspauschale von 40 € pro Lehrer/pro Jahr sicher nicht ausreichend.

Viele Schülerinnen und Schüler sind bei dem Gedanken an die Ausbildungs- oder Studienwahl überfordert. Wie muss Berufsorientierung aussehen, um sie bei der Zukunftsplanung zu unterstützen?

Die Schülerinnen und Schüler sollen in die Lage versetzt werden, ihre Berufswahl nach eigenen Interessen, Fähigkeiten und Karrierevorstellungen zu treffen und Eigenverantwortung für ihren Berufswahlprozess zu übernehmen. Deshalb ist Berufsorientierung die Aufgabe aller Bildungsgänge und Schulformen. Dies muss sich auch in den zur Verfügung stehenden Stunden in den Studentafeln widerspiegeln. Neben der Fokussierung auf die Berufsorientierung halte ich die Lebensweltorientierung für ebenso wichtig. Ziel von Schule muss sein die jungen Leute besser fit für Leben und Beruf zu machen.

Abschließend ganz allgemein gefragt: Was ist Dein erstes Ziel als Kultusminister?

Meine erste große Aufgabe wird es sein, verlorenes Vertrauen in das Amt des Kultusministers wiederherzustellen. Auf Gespräche, Besuche und Kontakte mit Schülerinnen und Schülern, Kolleginnen und Kollegen sowie Eltern werde ich mein Hauptaugenmerk legen. Wir brauchen mehr Kommunikation auf Augenhöhe, gerne auch kritisch, anstatt Roadshows und überzogener Disziplinarmaßnahmen.

NACHLESE

FORUM BILDUNG - WAS BRAUCHEN GUTE SCHULEN?

Wie steht es um Hessens Schulen? Was macht eine gute Schule aus und welche Maßnahmen können wir ergreifen, um die Rahmenbedingungen für eine solche Schule herzustellen? Beim 4. Forum Bildung informierte die SPD-Landtagsfraktion über ihre Ziele und Vorhaben und bot eine Plattform, um in verschiedenen Konstellationen über die Zukunftsfähigkeit der Schulen im Hinblick auf die aktuellen und bevorstehenden Herausforderungen zu diskutieren.

Dafür konnten die rheinland-pfälzische Kultusministerin Dr. Stefanie Hubig zum Thema Ganztagschule sowie der Bildungsforscher Prof. i.R. Dr. Klaus Klemm zu der Frage nach den Rahmenbedingungen für Schulen als Referenten gewonnen werden. Zudem bot sich erstmalig die Gelegenheit, mit Thomas Schwarze (s. S.8) zu diskutieren.



als Referenten gewonnen werden. Zudem bot sich erstmalig die Gelegenheit, mit Thomas Schwarze (s. S.8) zu diskutieren.

v.l.n.r. Thomas Schwarze, Dr. Stefanie Hubig, Thorsten Schäfer-Gümbel, Christoph Degen



Stefan Wesselmann, VBE



Birgit Koch, GEW



Emely Dilchert, LSV



Korhan Ekinci, LEB

In Kurzinterventionen formulierten Vertreterinnen und Vertreter der Landesschülervertretung, des Landeselternbeirats, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des Verbands Erziehung und Bildung (VBE) die aus ihrer Sicht wichtigsten Maßnahmen für eine bessere Schule. Hier wie auch in der sich anschließenden Diskussion mit den rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forums wurde die große Unzufriedenheit über die aktuelle Situation deutlich.

NACHLESE

DEMONSTRATION FÜR BESSERE BILDUNG

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen (GEW) rief am 22. August zu Großdemonstrationen in Kassel und Frankfurt auf. Mehrere tausend Demonstranten gingen für „Bessere Bedingungen für Schulen“ und ein Sofortprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro auf die Straße – darunter auch Manuela Strube in Kassel und Christoph Degen sowie der SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel in Frankfurt. Die schwarz-grüne Landesregierung leide an einem kompletten und offenbar irreparablen Realitätsverlust. „Deswegen ist es so wichtig, dass die Betroffenen ihren Unmut über die ‚Schönrednerei‘ zum Ausdruck bringen und auf die Straße gehen“, betonte Degen.

Schon in einer gemeinsamen Pressekonferenz am Dienstag, den 18. September, hatten GEW, Landeselternbeirat und die Landeschülervertretung gemeinsame Forderungen an die Bildungspolitik gerichtet. Darin beschreiben sie die Situation der hessischen Schulen als „in vielerlei Hinsicht desolat“. Man müsse dringend mehr qualifizierte Lehrkräfte gewinnen. Der aus der aktuellen Unterversorgung resultierende Unterrichtsausfall und ein von unzureichend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ab-

gedeckter Vertretungsunterricht seien nicht hinnehmbar. Sie unterstrichen die Bedeutung der politischen Bildung und gelebter demokratischer Teilhabe an Schulen und sehen viel Handlungsbedarf bei der noch großen Chancenungleichheit beim Zugang zu Bildung. Hier müsse man u.a. durch echte Ganztagschulen, multiprofessionelle Teams und kleinere Klassen die Rahmenbedingungen schaffen, um von familiären und finanziellen Hintergrund unabhängigen Bildungserfolg zu ermöglichen. Christoph Degen erklärte, die SPD unterstütze das breite Bündnis und könne die gestellten Forderungen bedenkenlos unterschreiben. Hessen brauche den politischen Wechsel und einen Bildungsminister, der sich nicht nur in Zahlen sonne, sondern ein offenes Ohr für die Betroffenen habe.



Christoph Degen mit Maiko Wiedwald, Vorsitzende der GEW



Mit dem Arbeitskreis Bildung der Jusos Hessen Süd

IM GESPRÄCH MIT...



v.l.n.r.: Christoph Degen, Kerstin Geis, Korhan Ekinici (LEB), Karin Hartmann

... Korhan Ekinici, dem Vorsitzenden des Landeselternbeirats (LEB)

... den Vorstandmitgliedern Barbara Ulreich und Barbara Wagner von Weiterbildung Hessen e.V.



v.l.n.r.: Kerstin Geis, Barbara Ulreich, Barbara Wagner, Christoph Degen

SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN DIREKT BEZIEHEN? SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE [E-MAIL](#).

SPD-Landtagsfraktion

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Postfach 3240, 65022 Wiesbaden
Tel: +49 611 350-519
Fax: +49 611 350-511

Gert-Uwe Mende, V.i.S.d.P
Lisa Henties
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga
Abgeordnetenportraits: © SPD-Fraktion
Fotos: S.6, S.8 : SPD-Landtagsfraktion